

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Leipzig, den 9. Juli 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 78.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Wo stehen wir? (IV, Schluss).

Feststellungen: Die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt.

Korrespondenzen: Dortmund. — Essen. — Köln. — Leipzig (R.). — Zweibrücken.

Handschau: Berlin. — Meisterprüfung. — Malakauschreiben für die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. — Konturs Vogel in Oldenburg. — Photographische Schnellpresse. — Kunst und Arbeit. — Ein ehrenvolles Urteil über die freien Gewerkschaften. — Zur Einführung der Sommerzeit. — Scharfmacher Schmerzen. — Der geistliche Nehmstundentag in Frankreich. — Wodenvucher. — Gewerkschaftsnachrichten.

Bericht der Hauptverwaltung über den Monat Mai.

Zweiter Nachtrag zum Verzeichnisse der tarifstreuen Druckereien.

Wo stehen wir?

IV.

Ein Punkt, der in dem sehr kurzen Verhandlungsberichte keine Erwähnung findet, nach dem das Breslauer Ergebnis zusammenfassenden prinzipiellen Artikel „Klärung und Festigung“ der „Zeitschrift“ aber augenscheinlich lebhaft diskutiert worden ist, betrifft das leidige Thema der Zurückhaltung der Leistungen von Seiten der Gehilfen. Wir haben in unserem dritten Artikel über „Kritisches von den Tarifkritikern“ (Nr. 69) den Ursprung dieser „modernen Francheit“ aufgezeigt und konnten uns nebstbei auf eine Prinzipalsstimme aus der „Zeitschrift“ berufen, die ganz zutreffend die ungehörliche Melange der Maschinenfabriken „mit ihren unmöglichen Leistungsangaben“ dafür mit verantwortlich macht. Solche objektive, auch die andre Seite der Medaille berücksichtigenden Auslassungen sind nicht gerade häufig aus den Prinzipalschriften. In der Nummer vom 2. Juli der „Zeitschrift“ läßt sich ein anderer Prinzipal nicht minder vernünftig über die Arbeitskontrolle vernehmen, dabei einen Fall zur Sprache bringend, der darlegt, wie rigoros bisweilen Prinzipale verfahren. Er sagt:

Duldsamkeit im gegenseitigen Verhältnis ist die unbedingte Voraussetzung eines sachgemäßen Arbeitsvertrags, sie kann aber nicht durch derartige ganz unangemessene und unzweckmäßige Schroffheiten erzielt werden.

Das sind einmal treffliche Worte, und hoffentlich versehen sie nicht ganz ihren Zweck. Aber derartige Artikel aus den Kreisen der Prinzipale selbst sind selten. Am 5. Juli machte zur „angenehmen Abwechslung“ ein Artikelschreiber L. für ein besonderes Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen Stimmung in einem Aufsatz, der von einem Mangel in den neuen Bestimmungen zum Straßengesetz handelt. Und da soll noch von Scharfmacherischen Einflüssen keine Rede sein!

Man sollte eigentlich annehmen, bei der gerade durch den viel geschmähten neuen Tarif den Prinzipalen ermöglichten und, wie in allen Variationen uns berichtet wurde, auch gehandhabten genaueren Kontrolle müßte allein schon dadurch der beklagte Mißstand der Leistungszurückhaltung hinfällig werden. Es sind in der „Zeitschrift“ jedoch schon eingegangene Artikel erschienen, die eher auf das Gegenteil schließen lassen, und in Nr. 46 der „Zeitschrift“ wird nun rund heraus gesagt, die Aussprüche in Breslau habe ergeben:

daß mit einer solchen Zurückhaltung nicht nur vereinzelt zu rechnen ist. Es handelt sich da um eine äußerst enge Geschiebung, die größte Aufmerksamkeit erfordert und auf das besondere Interesse des neuen Vorberatungsausschusses rechnen darf. Die Frage

ist um so ernsterer Natur, als sie die Frage mit anspricht, wie weit der Einfluß der Organisationsleitungen auf den einzelnen Zugehörigen reicht, und wie groß demnach der Wert der gebotenen Garantie ist.

Wie wir in der Nummer vom 2. Juli im Artikel „Der Deutsche Buchdruckerverein“ bei den Kontraktbrüchen nachzuweisen in der Lage waren, sind die Prinzipale von Anwendungen zu Übertreibungen nicht frei. Auf die passive Resistenz trifft das, wie wir die Verhältnisse kennen, noch mehr zu. Hier wird zweifellos recht dick aufgetragen. Die Erfahrungen mit der Kontrolle und der einmal freimütige Artikel von F. in der „Zeitschrift“ vom 2. Juli lassen das sogar behaupten. Wie aus einer Erklärung des Vorstandes von Kreis II (Nr. 50) herporgeht, soll über diesen Punkt nicht nur unter den Prinzipalen des Kreises II, sondern unter allen Übereinstimmung herrschen. Wenn von einer solchen Kanzel derartige Predigten kommen, dann wissen wir ohne weiteres, daß die Sache mehr oder weniger subjektiven Empfindungen entspringt. Die zur (anscheinend unangenehm berührten) Abwehr unserer rheinisch-westfälischen Kollegen gegen die knalligen Beschuldigungen des Kreises II wider die Mitglieder des Verbandes erschienene Erklärung besagt in ihrem Perit auch nur:

In den meisten Fällen ist leider diese passive Resistenz der Gehilfen nicht nachzuweisen. Es liegt aber trotzdem genügend Material vor, daß daraus Schlüsse gezogen und auf Grund derselben die Behauptung aufgestellt werden kann, daß viele Gehilfen mit ihren Leistungen zurückhalten.

Den Kreis II halten wir, wie schon mehrfach in diesen Artikeln zum Ausdruck gebracht, am wenigsten für befugt und berechtigt, der Gehilfenschaft Vorhaltungen zu machen. Wenn wir in den Kammern der Vergangenheit kramen wollten, es kämen da nette Sachen und in nicht zu knapper Zahl zum Vorschein, die beweisen würden, daß man einesteils am Rhein, am schönen Rhein immer durch eine ganz besondere Willie die Dinge sieht, und die dann auch bezeugen würden, daß der Einfluß der Organisationsleitungen nicht nur auf den einzelnen, sondern mitunter auch auf einen ganzen Kreis recht schwach sein kann, wodurch der Wert der gebotenen Garantien erheblich sinkt. Das jüngste Vorkommen mit der förmlichen Gegenorder bei den Zulagen über die Dreimarkgrenze ist das untrüglichste Zeichen, daß in Rheinland-Westfalen immer noch der alte, besondere Wind weht, der noch nie etwas Gutes gebracht hat. Also, und auch darum, weil uns bekannt ist, daß im Kreise II die Kontrolle nicht bloß auf dem Papiere steht, hat diese Zeugnishaft mit ihren zu ziehenden Schlüssen, aber schwer zu beweisenden Fällen für uns keinen Wert, und mit den starken Behauptungen sonst halten wir uns nicht auf. Wir wissen, daß wenn die Möglichkeit gegeben wäre, die rheinisch-westfälische Gehilfenschaft zu drei Vierteln aus Gutenberghündlern zu rekrutieren, dann aus dieser Gegend keine Klagen mehr über leistungsunfähige und leistungsrenitente Gehilfen kommen würden! Weil dem aber nicht kann sein, versehen wir den Schmerz; sagten dazu aber nichts, wenn nicht immer wieder von dort ein Herbild der wirklichen Verhältnisse entworfen würde.

Wenn diese Scharfmacherischen Kapriolen den lautesten Beifall des auf dem reinen Dogma des

Scharfmacheriums begründeten Arbeitgeberverbandes finden, so ist das schon recht bezeichnend. Bist man z. B. in dem am 6. Juli eingetroffenen „Arbeitgeber im Druckgewerbe“ die Fansarentlänge „Terrorismus und passive Resistenz“ mit ihrem sonstigen scharfmacherischen Drum und Dran, so könnte mit dem Bedauern, daß der Artikelschreiber übergefahren ist — NB. nicht unten, sondern oben! — die Sache als abgetan angesehen werden. Aber das darin dem Kreise II gezollte Lob, er habe „Pionierarbeit“ geleistet mit seiner „Aufklärung“ über die beiden Kampfmittel Terrorismus und passive Resistenz, „die gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann“; er habe „die Herren im Deutschen Buchdruckerverein in Leipzig jetzt aufgerüttelt und daran erinnert, daß sie nicht Gehilfeninteressen, sondern Prinzipalsinteressen zu vertreten haben“; „Breslau war in dieser Beziehung ein Lichtblick, und der allzeit rührige Kreis Rheinland hat das meiste dazu beigetragen, daß endlich einmal die Erleuchtung zum Durchbruche gekommen“ ist und die Breslauer Tagung das widerspiegelte, was man im allgemeinen von der Tagung einer Prinzipalsorganisation erwarten darf, und wenn es in dem scharfmacherischen Freudenstimmus gar heißt, auf der Breslauer Tagung sei, „allerdings gegen den Willen des Herrn Geh. Kommerzienrats Bürgstein, der Unwille der Prinzipale über den Terrorismus der Buchdrucker-gewerkschaft und über die passive Resistenz geradezu spontan zum Ausdruck gekommen“, so hat die Gehilfenschaft alle Veranlassung, weniger nach den beruhigenden Versicherungen der „Zeitschrift“, sondern auf der mittleren Linie zwischen diesen und den scharfmacherischen Tiraden des „Arbeitgeber“ sich ihr Urteil über die Situation zu bilden. Und ausschlaggebend dabei sind nicht die Hochsprünge des Kreises II an sich, sondern daß diese vom Arbeitgeberverbandesorga unjubeelten scharfmacherischen Exzerziten der Breslauer Tagung den Stempel verliehen und die Stimmen der Vernunft an die Wand gedrückt haben. Der „Korr.“ tat also nur gut daran, erst einmal abzuwarten, wie die „getreuen Nachbarn und desgleichen“ ihre Herzen erleichtern würden, um dann über Breslau zu sagen, was wirklich ist.

Zur Sache selbst wollen wir nur noch erklären (nachdem eingangs dieser Artikelserie erwähnt worden ist, wie sehr auch die technischen Fortbildungsbestrebungen der Gehilfen den beregten Prinzipalsklagen widersprechen): Auch das in immer größerem Maßstabe stattfindende Ablegen der Meisterprüfung muß als Beweis dafür angesehen werden, daß unbestreitbar nur einzelne Vorkommnisse den Grund zu diesen Beschwerden bilden. Es sind bei den Tarifverhandlungen Dinge zur Sprache gekommen und wir haben neuerdings wieder von Sachen Kenntnis erhalten, die unter allen Umständen verurteilt werden müssen. Wenn die Betreffenden über ihre Nasenspitze hinaussehen könnten und würden gewahrt werden, wie sehr sie mit solchen Handlungen den Ruf ihrer Organisation schädigen und allen Scharfmachern die Segel blähen gegen die Tarifgemeinschaft und einen neuen Tarifabschluß, dann müßten sie auf jeden Fall von ihrem Tun ablassen. Natürlich haben sie auf keinerlei

Schutz des Verbandes zu rechnen, wenn sie die Folgen von dem zu kosten bekommen, dessen sie überführt werden können. Im Einverständnis mit der Organisationsleitung erging in dem Rückblick auf die Tarifverhandlungen (Nr. 119 v. J.) eine eindringliche Ermahnung und im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand erfolgt hiermit die letzte Verwarnung an die, die es angeht.

Aber mit der größten Entschiedenheit verwahren wir die im Verbands befindliche Gehilfenschaft dagegen, daß aus verurteilenswerten Einzelfällen schlankweg Verallgemeinerungen werden. Unter 65 000 Gehilfen können leichter Ungehörigkeiten passieren als bei 4800 Prinzipalen. Trotzdem kommt hüben aber gerade genug vor! Kreis II hat Mitangeklagte, wenn sie auch meistens nicht so stark belastet sind wie dieser. An der relativen Zahl der Kontraktbrüche haben wir schon gezeigt, daß die Prinzipalität sich nicht immer auf das hohe Ross zu setzen braucht. Wir könnten für unsere Behauptungen mehr und begründeteres Material beibringen als die rheinisch-westfälischen Prinzipale für die ihrigen. Den Prinzipalen ist eine weitgehende Kontrolle zugestanden. An Aufsichtsorganen ist jetzt alles andre denn Mangel in den Druckereien. Hoch bezahlt, müssen sie doch mit „verrechnet“ werden. Vielleicht oder wahrscheinlich liegt in dieser Entwicklung ein erhebliches Ursachenmaß der Unzufriedenheit mit den Gehilfenleistungen. Leider wird bei Auswahl dieser Personen nicht selten weniger auf hervorragende berufliche Befähigung geachtet als auf andre Eigenschaften Wert gelegt. Ja, man ist schon so weit gekommen — wir wissen es von einer namhaften Druckerei, die unsern Redaktionsstufulum gelegen ist —, daß Nichtbuchdrucker als Faktoren angestellt werden, was bei den Direktoren bisher schon nicht vereinzelte vorkam. In dem gedachten Falle handelt es sich um einen jungen Mann von wenig mehr als 25 Jahren, der in seinem eigentlichen Fache wohl tüchtig sein kann, einem solchen Posten aber nicht vorzuziehen vermögen. Da wird denn alles versprochen und die moderne Schnellschußmethode, die an sich schon in weitgehendem Maße diese Klagen der Prinzipale entkräftet, bekommt ein übermodernes Gepräge, das keine richtige Disposition mehr gestattet, die in dem geschilberten Falle mangels jeglicher Fachkenntnis überhaupt aufgehört hat. Und wenn dann noch falsche oder zu scharfe Kalkulationen im Kontor dazu kommen, die gar nicht zu den Ungewöhnlichkeiten gehören, dann ist die Beschercung da. Die geschäftlichen Folgen dieser auf eine Kaprice des betreffenden Prinzipals zurückzuführenden Nichtfachmännerei sind denn auch danach. Bekten Indes ist auch hier wieder das Personal der Sündenbock. An diesem einen, allerdings krassen Beispiele mögen die Prinzipale erkennen, daß sie den Ursachen ihrer hartnäckigen Schmerzen durchaus nicht immer bei den Gehilfen nachzuspüren brauchen. Wie ferner

die Erfahrung täglich lehrt, machen die Geschäftsleitungen mit ihnen nicht konvenierenden Gehilfen wenig Federlesen. Und da die behauptete Zurückhaltung der Leistungen ausschließlich in den großen und größten Druckorten vorkommen soll, sofern nicht in diesen nach „Leipziger System“ gearbeitet wird, fällt ihnen die Auswechslung sogar leicht, denn Arbeitslose sind in den Druckzentren ja genug vorhanden. Dann sind auch noch die Schiedsgerichte da, denen man doch einmal substantiierte Klagen dieser Art unterbreiten sollte, wobei dann die ganzen Druckereiverhältnisse einer sachlichen Prüfung von beiden Seiten unterzogen werden könnten, also objektive Beurteilung gewährleistet wäre. Weiter hat man auch die Verbandsleitung noch nicht in Anspruch genommen für diese Beschwerden, sondern immer wurde mit allgemeinen Unwürfen und Redensarten operiert. Der Vorberatungsausschuß, der sich auch mit dieser dankbaren Aufgabe befassen soll, wird also gut tun, die Sache etwas gründlicher und mit der größten Objektivität anzufassen. Die beweislosen Verallgemeinerungen lassen wir uns nicht mehr gefallen. Sind aber Einzelfälle nachweisbar, so wird das Erforderliche geschehen. Ob aber gehilfenseitig dann nicht gehörig kompensiert werden kann, ist eine Frage, die man sich drüber reiflich vorher überlegen sollte!

Wenn immer und immer nur die Unzufriedenheit der Prinzipale mit dem Tarif und den Gehilfen auf der Tagesordnung steht, so muß schon entschieden für etwas Abwechslung gesorgt und einmal auch von der Unzufriedenheit der Gehilfen mit den Prinzipalen gesprochen werden. Die ist nämlich gar nicht so gering und in vielen Fällen auch nicht unberechtigt. Mit dem neuen Tarif ist verschwiebentlich so manche Vergünstigung in Fortfall gekommen, sei es in bezug auf die Arbeitszeit oder sonstige vorteilhaftere Arbeitsbedingungen (Entzug von Speck usw.), was böses Blut gemacht hat. Es sind dazu Firmen geschritten, die dem Noblesse oblige bisher in jeder Beziehung huldigten, und auch solche, die als Besizerinnen von gutgehenden Zeitungen, mit den Abonnements- oder Zusatzenpreiserhöhungen eher ein Geschäft als ein Geschäftsmacht haben. Zu diesen Bahneinrichtungen unerfreulicher Art gesellt sich eine Erscheinung, die mit sozialem Verständnis wenig gemein hat. In der Ferienfrage zeigt es sich in diesem Jahre nicht nur, daß ein Rückgang der Neubewilligungen zu konstatieren ist, sondern es muß leider auch eine auffällige Reihe von Ferienentziehungen festgestellt werden. Da kommen die einen mit der „Begründung“, die Verleger wollten keine höheren Druckpreise bezahlen, also könnten auch keine Ferien mehr gewährt werden. Andre erklären, der neue Tarif lege ihnen zu große Lasten auf, da könnten sie keinen Sommerurlaub mehr gewähren. Solche Entziehungen sind nicht nur in bestimmten Orten und Gegenden vorgekommen, und nicht nur der erste Vorliegende der Berliner Opposition ist dazu

geschritten, sondern auch Firmen, deren Inhaber eine andre, freundlichere Stellung in tariflicher Beziehung einnehmen. In einigen Bezirken hat man direkte Beschlüsse dahingehend gefaßt, wozu wir uns die Frage erlauben wollen, was man wohl sagen würde, wenn eine Bezirksversammlung des Verbandes außertarifliche Forderungen erhoben, beschloßen und durchgesetzt hätte. Neben Halle a. S. ist da Heidelberg zu nennen. Am 18. Juni war „am schwarzen Brett“ in den Heidelberger Druckereien folgender Ukas angeschlagen:

Nach einem Beschlusse des Deutschen Buchdruckervereins (Bezirk Heidelberg) soll in sämtlichen Druckereien Heidelbergs eine Verpflichtung zur Gewährung von Ferien nicht mehr eingegangen werden. Da der Beschluß auch für mich bindend ist, wird der Ukas III der Arbeitsordnung betreffs Urlaub ab 1. Juli 1912 gestrichen. (Unterschrift der Firma.)

Die bisher Ferien bewilligenden Druckereien in Heidelberg haben das freiwillig und nacheinander einzeln getan, von einer eingegangenen Verpflichtung kann also nicht gesprochen werden. Wieso man freiwillig und von sich aus gewährte Vergünstigungen von Vereinen wegen und mit bindender Kraft ausheben kann, ist uns noch unerfindlicher. Und da, wie in Nr. 73 („Der Deutsche Buchdruckerverein“) berichtet werden konnte, im Bezirke Heidelberg mit der Erhöhung der Druckpreise ganz gute Resultate erzielt sind, so erhält das dort beliebte Vorgehen förmlich den Anschein von Repressivmaßnahmen für den Ausfall der Tarifverhandlungen. Das ist nicht nur unschön, sondern muß auch einen Stachel zurücklassen. Die Begründung dieser Ferienentziehungen: „Der neue Tarif habe den Gehilfen eine solche Lohnerhöhung gebracht, daß sie in der Lage seien, so viel zu erkrüngen, um auf eigne Kosten in die Ferien gehen zu können“, muß einfach provozierend wirken. Man lese hierzu auch den Versammlungsbericht über diesen Punkt aus Altenburg in Nr. 76. Die Schaffensfreudigkeit kann durch solche Maßnahmen sicher keine Förderung erfahren. Daß andererseits an die Gehilfen namentlich von Zeitungsdruckereien in diesem Sommer Anknüpfen in bezug auf das Aussetzen gestellt worden, die „unerschwinglich“ sind, wird es auch ganz allgemein gesehen wird, wenn Gehilfen auf ihre Kosten sich Ferien nehmen, sind doch auch Beweise, daß es mit der Grundsätzlichkeit der Ferienablehnung oder Ferienentziehung seine eigne Bewandnis hat. Da eine Liebe der andern wert ist, kann auch von den Gehilfen kein Entgegenkommen erwartet werden, wo das soziale Moment der Ferien gar nicht zur Geltung kommt. Es haben doch nicht nur die Gehilfen Vorteil von solchen Erholungen. Wenn ein Teil der Prinzipale darauf ans ist, das gute Ansehen, das sich die Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes speziell in Sachen des Sommerurlaubs erworben haben, zu verringern, so ist das ein Punkt, der schließlich auch die Allgemeinheit der Prinzipale angeht. Wundern soll man sich aber unter diesen und den andern erwähnten Umständen nicht, wenn

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohl-fahrt.

Gegenüber dem Rechte des einzelnen Menschen auf die Erhaltung seiner Gesundheit und seines Lebens kann kein andres Recht in Frage kommen. Diesem schönen Gedanken sucht die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg, Frauenhoferstraße 11/12, in umfassender Weise Rechnung zu tragen. Von neuem möchten wir deshalb die Aufmerksamkeit auf diese zum Wohle der Gesamtheit getroffene Einrichtung lenken, um womöglich zu ihrem Besuche namentlich solche Kollegen anzuregen, deren freiwillige oder unfehlwillige Ferienreise über Charlottenburg führt. In wenigen Minuten kann man das Ausstellungsgebäude vom sogenannten „Fnie“ aus, das Station der Berliner wald- und Untergrundbahn sowie Haltestelle einer ganzen Reihe von Linien der elektrischen Straßenbahn ist, erreichen. Ein Besuch der Ausstellung verursacht keine Kosten. Sie ist geöffnet an den Sonntagen nachmittags von 1 bis 5 Uhr; an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr; Dienstags und Donnerstags außerdem abends von 6 bis 9 Uhr. Bei Besichtigungen durch Vereine ist vorherige Anmeldung zwecks Einteilung der Führungen erwünscht.

Als in Deutschland im Jahre 1902 an die Errichtung einer ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt von seiten des Reichs herangetreten wurde, bestanden im

Auslande bereits ähnliche Institute. So hatte z. B. Wien das Gewerbehigiensische Museum und Paris das Musée social; auch Amsterdam, Brüssel und Zürich besaßen derartige Sammlungen. Die Vorläufer der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt gehen in Deutschland bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Schon im Jahre 1879 wurde nämlich in der Landesgewerkehalle in Karlsruhe eine Sammlung von Modellen praktisch bewährter Schutzvorrichtungen an Maschinen ausgestellt, die von der „Association pour prevenir les accidents de machines“ in Mühlhausen im Elsaß zusammengestellt war zu dem Zweck, durch Veranschaulichung das Verständnis solcher Vorrichtungen zu erleichtern. Auch in Stuttgart und Kaiserslautern gelangte die gleiche Sammlung zur Ausstellung. In einigen andern Städten, wie Darmstadt, Hamburg und Aachen, existierende Sammlungen von Schutzvorrichtungen und Modellen zu Anschauungszwecken verbanden in der Hauptsache den Fabrikinspektoren die Anregung dazu. Im Anschluß an die Hygieneaussstellung im Jahre 1883 wurde in Berlin 1886 das Hygienemuseum gegründet. Dem folgte 1887 die Einrichtung einer Sammlung für Unfallverhütung durch das Reichsversicherungsamt, in der im wesentlichen von Fabrikanten angebotene Schutzvorrichtungen zur Ausstellung gebracht wurden. Auch die bald darauf errichtete Zentralfelle für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen begründete eine für ihr besonderes Gebiet wertvolle Sammlung. Weit wirkungsvoller aber als alle diese Veranstaltungen führte die Deutsche Allgemeine Ausstellung für Unfallverhütung vom Jahre 1889 weitesten

Kreisen die Wichtigkeit vorbeugender Arbeiterfürsorge vor Augen.

Seit dieser erfolgreich verlaufenen Ausstellung bestimmte der Wunsch nach einer ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt nicht mehr. Einige Bundesregierungen ließen durch ihre Gewerbeaufsichtsbeamten entsprechende Sammlungen anlegen. Auch der Reichstag brachte der Frage stetig wachsendes Interesse entgegen, was zur Folge hatte, daß bereits der Etatsentwurf für das Jahr 1900 zur Begründung einer ständigen Ausstellung 568 000 M. beanpruchte. Dieser Betrag sowie auch die in den Etatsentwürfen der folgenden Jahre für die Fortführung des Baues und für die Einrichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Ausstellung geforderten Beträge wurden anstandslos bewilligt. Die Eröffnung der Ausstellung erfolgte am 18. Juni 1903. Einschließlich der Kosten für Grund und Boden belief sich der Gesamtaufwand für die Erstellung des Ausstellungsgebäudes auf 1 222 500 M. Die jährlichen Verwaltungskosten erfordern 40 000 M.

Die Ausstellungshalle bietet zur ebenen Erde einen Raum von 2531 qm zu Ausstellungszwecken; sie ist außerdem mit einer Galerie von 1212 qm Ausstellungsfläche versehen. Nicht die feierliche Stille eines Museums umfängt den Besucher bei seinem Eintritte, sondern das Geräusch der Transmissionsen, das Surren der Näher kling an sein Ohr; jene alles überübende Musik, die in tausend und abertausend Betrieben die gewerbliche Arbeit begleitet. Eine Fülle interessanter und für die Förderung der Arbeiterwohlfahrt berechneter Gegenstände

die Unzufriedenheit der Gehilfen im Zuneimen begriffen ist. Es ist eben hüten wie drüben das gleiche: Einzelne erzeugen durch ihre Handlungen Verbitterung, und die Gesamtheit ergeht sich dann in Klagen und Beschwerden.

Es ist mit Befremden bemerkt worden, daß bei aller Dürftigkeit des Breslauer Verhandlungsberichts eine die „Zeitschrift“ berührende Gelegenheit dennoch Erwähnung findet. Es heißt nämlich:

„daß der Vorstand auf die Anregung des Kreises II in eine Besprechung einiger „Zeitschrift“-Artikel eingetreten sei. Der Hauptvorstand könne den Artikeln nicht in allen Punkten zustimmen und hat deshalb beschlossen, einen Redaktionsausschuß zu bilden, dem fortan Artikel von grundlegender Bedeutung in den großen grundsätzlichen Vereins- und Tariffragen vor ihrer Veröffentlichung unterbreitet werden sollen.

Daß hierbei die Artikel gegen die Treibereien der christlichen Gewerkschaften, des Gutenbergbundes und die dies noch benötigten wenn nicht gar unterstützenden tonangebenden Prinzipale in Rheinland-Westfalen in Frage kommen, ist zum Greifen klar. Dort ist man schon so weit auf der schiefen Ebene angelangt, daß man diese zum Schutze der Tarifgemeinschaft vor unqualifizierbaren Angriffen erschienenen und auch für das Prinzipalsorgan unabwiesbar notwendig gewesenen Artikel einfach zu einer Hilfsaktion für den Verband und den „Korr.“ stempelte. Wir müssen gestehen, von dieser Eigenschaft bei jenen Artikeln nichts gemerkt zu haben, sondern sie sind von uns als die Stellungnahme des anderen amtlichen Organs der Tarifgemeinschaft aufgefaßt worden, zu der die „Zeitschrift“ ebenso verpflichtet war wie der „Korr.“. Sie ist übrigens erst spät erfolgt, nachdem das Faß schon zum Überlaufen voll war. Daß rheinisch-westfälische Prinzipale dabei einige tüchtige Spritzer abbekamen, ist lediglich ihre Schuld. Sie hätten es arg genug getrieben. Die Sache steht nun so: In ihrer Nr. 42 erklärte die „Zeitschrift“ in Erwiderung eines heftigen Angriffs des Herrn Lensing, die Vereinsleitung habe den bekannten Artikel in Nr. 36 („Korr.“ Nr. 54) „veranlaßt“ und „an der veröffentlichten Form geküßelt“. Das heißt, der engere Vorstand in Leipzig hat seine Sanktion dazu gegeben, daß das Prinzipalsorgan gegen die Machtenschaften von außen und die inneren Quertreibereien einmal deutlich geworden ist. Dies geschah nur im Interesse der Tarifgemeinschaft. Nun schlug Kreis II. Kärn. Die Sache kommt vor den in Breslau versammelten Gesamtvorstand, in dem auch der zweite Kreis vertreten ist, und man weiß nun nichts anderes zu tun, als die immer schon geliebte Rücksicht auf Rheinland-Westfalen auch in diesem starken Falle wieder walten zu lassen. Wiederum ist also das Ende vom Lied eine Verbeugung vor dem Kreise II. Man desavouiert sich lieber selbst bis zu einem gewissen Grade. Nachgiebigkeit und Veröhnlichkeit sind gewiß schöne Eigenschaften, wer sie aber immer fordert, begehrt

selbst immer Dinge, die das Gegenteil von besagten, manchmal allzumenschlichen Zuvörderlichkeiten sind. Da stets und ständig nachzugeben und Brücken zu bauen, ist ein Fehler. Wer fortgesetzt Neigungen zum Begehen eigener Wege bekundet — die Geschichte der Prinzipalsorganisation hat in dieser Beziehung manches düstere Kapitel aufzuweisen —, dem muß man auch einmal spanisch kommen. Der Appellat kommt bei manchen Leuten ja erst beim Essen. Der „Arbeitgeber“ äußert über diesen weiteren „Trompetenstoß“ von Rheinland-Westfalen seine helle Freude. Der „Typograph“ hat diesen Ausgang natürlich für den Bund fruktifiziert. Er kennt wohl die wahre Sachlage, aber für ihn ist der Kreis II die Leitung des Deutschen Buchdruckervereins. Und wenn dieses „treffliche“ Blatt in der voranstehenden Zitierung der Stellungnahme des erweiterten Vorstandes die Worte „nicht“ und „zustimmen“ fett druckt, dann hat man einen Vorgeschnack, wie die außenstehenden Widersacher diesen Ausgang bewerten. Das kommt davon! Die Einsetzung eines Redaktionsausschusses für die „Zeitschrift“ verstärkt nur noch diesen ungünstigen Eindruck. Auch das ist nichts weiter als ein Kompliment nach der Seite, von der nichts Gutes zu kommen pflegt. Charakteristisch ist, daß in den letzten Wochen wieder verschiedene Generalversammlungen von Gewerkschaften entweder bestehende Preßkommissionen aufgehoben oder Anträge auf Schaffung einer solchen Aufsichtsinanz abgelehnt haben. In unserm Verband ist man längst darüber hinaus, derartige Wünsche noch ernsthaft zu nehmen. Preßkommissionen und Redaktionsausschüsse bilden nur eine Erschwerung für die ohnehin nicht leichten Ämter von Fachblattredaktionen. Ein Fortschritt ist damit also nicht getan, wie überhaupt von einem Streben nach der großen Linie nichts zu merken ist an dem, was das Breslauer Ergebnis bildet. Hauptsächlich bedeutet der Eintritt einer wissenschaftlich vorgebildeten Kraft zum 1. Juli in die Redaktion der „Zeitschrift“ nicht auch noch einen Rückschritt. Das Arbeitgeberverbandorgan verspricht sich allerdings von dieser „Reaktion“ in der Redaktion der „Zeitschrift“ nicht wenig.

Was sich solchermaßen vor unsern Augen abspielt, ist ein Reflex von der Situation im allgemeinen. Im Zeitalter starker Gewerkschaften und starker Unternehmerverbände ist eben manches anders geworden gegen früher. Diesen Entwicklungsgang erleben wir auch im eignen Gewerbe, nachdem über den Zentralverband deutscher Industrieller durch seine Filiale Billeßen, Reismann-Grone & Co. die Scharfmacherei auch bei unsern Arbeitgebern Boden gewonnen hat. Der „Korr.“ hat es arg aufmerksamer Verfolgung dieser Vorgänge nicht fehlen lassen, wenn auch unsere Beobachtungen von so vielen der Kollegen in den Wind geschlagen werden. Auf einmal wundert man sich dann daß und verfallt aus der durch

leere oder schlecht besuchte Versammlungen deutlich genug bekundeten Leihargie in nervöse Zuckungen. Solche Ausbrüche der Erregung können aber bei einem Versammlungsbefuche von 20 bis 25 Proz. der Mitglieder nicht imponieren. Es wird auch drüben nur mit Wasser gekocht. Und daß wir auf dem richtigen Wege sind, haben ja wohl die Tarifverhandlungen gelehrt, wo die eigentlichen starken Männer recht enttäuscht abziehen mußten. Die große und allgemeine Unzufriedenheit der Prinzipale mit dem neuen Tarife spricht auch genügend für die von unsrer Organisation verfolgte Taktik. Es liegt jetzt eben in der geschilderten organisatorischen Entwicklung, daß die Zuspitzung der Verhältnisse weniger von den Gewerkschaften als von den Unternehmerverbänden ausgeht. Daran vermögen die Arbeiter nichts zu ändern. Daß die freien Gewerkschaften ganz zu Unrecht von den Unternehmerverbänden beurteilt werden, geht aus der Äußerung eines — man staune — Unternehmerinteressenanwalts selbst hervor. In der „Rundschau“ dieser Nummer ist ein bemerkenswerter Ausspruch des Syndikus Dr. Stapff wiedergegeben, der in Prinzipalskreisen beachtet werden sollte.

Im dritten Artikel unter dieser Überschrift haben wir schon gesagt, was demgegenüber von unsrer Seite zu geschehen hat und geschehen wird. Man treibe also nirgends auf eigne Faust Verbandspolitik, sondern überlasse das getrost der Organisationsleitung und dem vorgesehenen größeren Organisationsapparate.

Blicken wir auf zwanzig Jahre zurück. Damals faßte der Prinzipalsverein, ebenfalls in Breslau, weit folgenschwerere Beschlüsse. Die Gehilfenschaft hatte den Neunstundenkampf mit einer schweren Niederlage und immensen materiellen und persönlichen Opfern bezahlt. Der „Korr.“ schrieb nach jener Tagung:

Die Versammlung hat weder auf dem einen noch auf dem andern Gebiete die Welt aus den Angeln gehoben, und ihre Beschlüsse werden auf die tatsächlichen Verhältnisse kaum einen merkbaren Einfluß äußern.

Die Folgezeit hat diesem Urteile durchaus Recht gegeben. Aus der niedergeworfenen, finanziell völlig entblöhten und auch in ihrem Mitgliederstande dezimierten Gehilfenorganisation, der damals die Prinzipalsklasse entgegengesetzt wurde und kurz darauf der Gutenbergbund sich noch entgegenstellte, ist der jetzige starke Verband geworden, der noch die beste Gewährleistung für den Frieden im Gewerbe ist. Der aber auch mit allen Widersachern, ob christlich-bündlerischer oder scharfmacherischer Richtung, fertig werden wird.

Die Prinzipale sollten ja bedenken, was sie an der Tarifgemeinschaft haben, und was sie mit ihr verlieren könnten. Ihre jetzigen Klagen über schlechtes Gehilfenmaterial und Zurückhaltung der Leistungen würden ein Kinderpiel sein gegen das, was sie dann zu erwarten hätten. Die Be-

ist hier vereinigt. Unter Benutzung des ihnen unentgeltlich zur Verfügung stehenden Raums ist es namentlich Gesinnern und Fabrikanten neuer Unfallverhütungsvorrichtungen und sonstiger Wohlfaßtsmaßnahmen möglich, alles im Betriebe der breiten Öffentlichkeit vor Augen zu führen.

Gemäß dem Grundgedanken der Ausstellung, nicht nur das Gebiet der Unfallverhütung, sondern vielmehr das der gesamten Arbeiterwohlfahrt zu umfassen, zerfällt sie in zwei große Abteilungen. Die größere von beiden ist der Darstellung des Unfallgeschicks in den verschiedensten Industriezweigen gewidmet. Es gelangen nur solche Einrichtungen zur Vorführung, die schon im praktischen Betriebe Eingang gefunden haben, so daß dadurch ein wirkliches Bild vom augenblicklichen Stande der Unfallverhütungstechnik geboten wird, was man noch besonders dadurch zu erreichen sucht, daß die Sicherheitsvorkehrungen soweit wie möglich in betriebsmäßiger Ausführung gezeigt werden. Um das Bild noch zu vervollständigen, muß freilich auch die Darstellung durch Modell, Zeichnung oder Photographie mehrfach zu Hilfe genommen werden. Ferner wird darauf gehalten, daß die Einrichtungen der Unfallverhütung in natürlicher Größe, soweit das im Rahmen einer Ausstellung möglich ist, unter denselben Arbeitsbedingungen gezeigt werden, wie sie der praktische Betrieb zeigt. Zu diesem Zweck sind nahezu alle vorgeführten Maschinen, deren Zahl etwa 200 beträgt, mit Kraftbetrieb versehen, soweit sie nicht für Handbetrieb eingerichtet sind. Man sieht also, daß auf die praktische Seite großer Wert gelegt wird.

Die zweite Hauptabteilung der Ausstellung umfaßt das Gebiet der Gewerbehygiene und der mit ihr vielfach in Beziehungen stehenden sozialen Hygiene. Hier handelt es sich nicht nur um die Vorführung wissenschaftlicher Instrumente, anatomischer Präparate und verwandter Darstellungen, sondern ganz besonders auch um die Vorführung von Einrichtungen zur Beseitigung gesundheitschädlicher Beimengungen der Luft in Staub- und Gasform, die Arbeiter gegen krankmachende Einflüsse schützen sollen, um Bäder und Wascheinrichtungen, Speise- und Ankleberäume in Fabriken und um sonstige der Gesundheitspflege in Betrieben dienende Einrichtungen. Fernere Darstellungen sind der Ernährungsfrage, dem Wohnungswesen und der übrigen Fabrikwohlfahrt im weitesten Sinne gewidmet.

Abgesehen von dem im Laufe des Jahres ständig zunehmenden Austausch veralteter Einrichtungen gegen neuere Konstruktionen, konnten auch verschiedene interessante Neuerungen den Besuchern der Ausstellung vorgestellt werden. Zunächst war die Verwaltung bemüht, das Gebiet der Elektrotechnik auszubauen, um einerseits die auf diesem Gebiete liegenden großen Gefahren, andererseits die Mittel zu ihrer Verhütung wirksam zur Anschauung zu bringen. Es ist zurzeit eine Reihe der wichtigsten hierfür in Betracht kommenden Apparate und Gegenstände zur Ausstellung gelangt. Ebenso wurden die Gruppen „Papierindustrie und polygraphische Gewerbe“, „Schutz gegen Feuers- und Explosionsgefahr“, „Metallbearbeitung“ wesentlich ergänzt. Die Darstellung des Nährwertgehalts der gebräuchlichsten Nahrungsmittel

in der Gruppe „Ernährung“ wurde entsprechend den heutigen Preisen berichtigt und damit einem dringenden Wunsche zahlreicher Besucher entsprochen. Eine begriffenswerte Bereicherung erfuhr die Ausstellung noch durch zahlreiche von der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden überwiesene Maschinen, Modelle, Photographien usw. Nach einer Zusammenstellung beträgt die Anzahl der Ende 1911 in der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt vertretenen Aussteller 933, von denen 2123 Gegenstände ausgestellt wurden.

Gegenwärtig sind dem Deutschen Zentralkomitee für Lungenheilstätten zwei Räume im Obergeschosse des Verwaltungsgebäudes überlassen worden zu einer Ausstellung, in der alles das zusammengefaßt ist, was sich auf die Lungenheilstätten außerhalb der Fabrik bezieht. Ein dritter Raum beherbergt zurzeit eine vom Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke veranstaltete Ausstellung von Einrichtungen und Schriften zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs.

Die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt untersteht als Reichsanstalt dem Ministerium des Innern. Laut des von ihr vor kurzem herausgegebenen Jahresberichts besuchten im Jahre 1911 insgesamt 26253 Personen die Ausstellung. Rund 14700 Mitglieder von Verbänden, Organisationen und Vereinen wurden gelegentlich gemeinsamer Besichtigungen in 418 Führungen mit den Einrichtungen und Bestrebungen dieses von Reich wegen geschaffenen gemeinnützigen Instituts bekannt gemacht. Mögen auch unsere Zeilen zu seiner volkstümlichen Vertiefung beitragen. HZ.

bienung und Ausnutzung der teuren und komplizierten Maschinen, unter deren Einführung die Gehilfenschaft doch ganz bedeutend zu leiden gehabt hat und ferner noch leiden wird, würde viele Prinzipale zur Verzweiflung und wohl auch zum geschäftlichen Ruine bringen, weil es an geeigneten Arbeitskräften dann weit mehr fehlen würde und zweckdienliche Maßnahmen von der Leitung der Gehilfenschaft nicht wohl erwartet werden könnten. So mancher Heißsporn, der jetzt für Verhältnisse, die nicht die Gehilfen verschulden, sondern allein die Prinzipale, unüberlegt den Verband verantwortlich macht, lediglich, weil er in ihm eine imaginäre Gefahr erblickt, dürfte sich dann nach den Fleischtöpfen der Tarifgemeinschaft zurückziehen. Mit deren Fall hört eben die gewerbliche Ordnung auf und das Faustrecht beginnt. Der Verband ist dann nicht mehr so Herr der Situation, und das Verderben ginge seinen Lauf.

Die berufenen Organe und alle wohlgestimmten, erfahrungreichen Prinzipale werden solche Gedanken und solche Möglichkeiten weit von sich weisen. An deren Aufrichtigkeit und ihrem Willen, den gewerblichen Frieden und das Bestehende zu erhalten, zweifeln wir gar nicht. Aber es gibt auch Andersgestimmte drüben, ihre Zahl steigt und ihre Energie ist im Wachsen. Man möge sich die Zahl und die Energie der einen Systemwechsel Herbeiführenden nicht über den Kopf wachsen lassen — discite moniti!

Korrespondenzen.

w. Dortmund. Am 17. Juni sprach hier Kollege Döblin zu den Mitgliedern der Bezirke Hagen, Bochum und Dortmund. Acht Jahre waren seit dem letzten Hiersein Döblins verstrichen. Reisten unsere Kaufmännische auch das Menschenmögliche an Referaten und sonstiger Materie, so ist doch von Zeit zu Zeit die Anwesenheit der Männer von der Spitze gerade in Rheinland-Westfalen erwünscht. Da hier, mehr wie in andern Gegenden des Reichs, Großkapital, christliche und gelbe Gewerkschaften gegen unsere Organisation und damit auch gegen die Tarifgemeinschaft Sturm laufen. Hier, an der Quelle der Gutenbergsbegünstigung, ist ein Zumenig vom Ubel, ein Zuviel kann nicht schaden in der Wachsamkeit. Kollege Döblin sprach über das Thema: „Der Verbänd der Deutschen Buchdrucker und seine Gegner“. Ausgehend von den ersten Anfängen des Verbandes, gab Redner ein Bild von dem allmählichen Erstarken des Tarifgebantens bis zu seiner Fortentwicklung auf die heutige Zeit: wie die zuerst von den Gewerkschaften angefeindete und als zur Harmoniebusel führende Tarifgemeinschaft jetzt von allen Gewerkschaften erstarkt werde. Der Verband habe eben verstanden, neben seinen Lohnkämpfen durch Kluges Operieren sich ein Mitbestimmungsrecht früh genug zu sichern, nach dem man heute bei den übrigen Arbeitergruppen vergebens suche, hauptsächlich aber in Rheinland-Westfalen. Daher auch das Verschrei der Industriemagnaten dieser Gegend über den „roten“ Buchdruckerverband. Nicht blau, nicht rot seien wir innerhalb des Verbandes, sondern Verbandsmitglieder. Nur trieben wir keinen Gewissenszwang. Wir leben dem Gedanken, uns das in jahreslanger Arbeit Erfüllung nicht nehmen zu lassen. Hätten wir auch Frieden für fünf Jahre, so sei das ein „unruhiger“ Frieden. Wehrten sich doch gerade in Rheinland-Westfalen die Stimmen, die vor dem nächsten Tarifabschlusse warnen. Zu welchem Zwecke gäbe man sich denn von gewisser Prinzipalseite so große Mühe im Empfehlen des christlichen Gutenbergsbundes? Doch nur zu demjenigen, sich eine Reserve zu sichern für alle Fälle. Gätte doch der bei den Tarifberatungen zugelassene Pränerat erklärt auf Anfrage, warum er bei den materiellen Forderungen nicht das Wort ergreifen habe, daß die Interessen der Gehilfen ja schon sehr gut von den Vertretern des Verbandes vertreten würden. Es liege in diesem Ausdruck eine direkte Dafeinsverneinung des Bundes. Und das noch dazu von Seiten seines berufenen Vertreters! Redner ging dann zu den außerhalb des Gewerbes stehenden Gegnern über und kennzeichnete treffend deren Kampfesweise. Zum Schlusse seiner fünfviertelstündigen Rede ermahnte Kollege Döblin die Anwesenden, das Interesse an den Verband nicht nur durch Zahlung des Beitrags zu bekunden, sondern mitzuraten und mitzutaten sei Pflicht jedes Verbandsmitglieds. Aber auch technisch auf der Höhe stehende Kollegen seien vonnöten, darum hinein in die typographischen Gesellschaften. Mit gewerkschaftlich und technisch vollkommen ausgebildeten Kollegen habe der Verband auch in Zukunft vor seinen offenen und geheimen Widersachern nichts zu fürchten. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Nach einem kurzen Schlussworte des Kollegen Schippers (Dortmund) fand die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation ihr Ende. — Das Johannistfest in Dortmund wurde in herkömmlicher Weise durch Hauptfeier am Sonnabend und Ausflug am Sonntag mit üblicher Kurzweil begangen. F.-ch. Essen. Unser diesjähriges Johannistfest am 23. Juni wich von der althergebrachten Form ab.

Diesmal hatten wir die Abendfeier fallen gelassen und dafür eine Festversammlung am Sonntagvormittag arrangiert, die in dem prächtigen Saale des Rheinisch-westfälischen Volkstheaters stattfand, der schon lange vor Beginn dicht besetzt war von Kollegen des Orts, Bezirks und einiger Orte des benachbarten Bezirks Duisburg. Der Magnet war Kollege Emil Döblin (Berlin), der in liebenswürdiger Weise die Festrede übernommen hatte. Nachdem Kollege Kraus die Versammlung begrüßt, sprach Kollege Döblin das Wort zu seinen Ausführungen. Er gab in einem etwa anderthalbstündigen Vortrag in kurzen Zügen ein Bild von der Entwicklung unserer Organisation, der Tarifgemeinschaft und deren segensbringenden Erfolgen für die Gehilfenschaft sowohl wie für die Prinzipalität als auch für das Gewerbe im allgemeinen. Über auch der Gegner des Verbandes sowie der Tarifgemeinschaft gedachte Redner. Er wies im Besonderen auf die Bestrebungen eines gewissen Teils der Prinzipale des Kreises II hin und vergaß auch nicht des Sicherheitsentlindens Erwähnung zu tun, der, als er sein Streikrecht abgeben bedroht sah, sich unter die Fittiche der christlichen Gewerkschaften flüchtete. Heute schimpfen die christlichen Gewerkschaften am meisten über den Buchdruckerverband, den sie früher wegen seiner Neutralität lobten, jetzt aber als sozialdemokratisch verzeichnen. In der Tat aber habe sich der Buchdruckerverband seine volle Unabhängigkeit und seine Neutralität zu wahren gewußt. Wenn sich der Buchdruckerverband wie alle freien Verbände in den letzten zwanzig Jahren mehr wie früher auch mit Politik beschäftigen mußte, so liege das an der Entwicklung der sozialen Gesetzgebung. Gegenüber dem Buchdruckerverband mit seinen 93 Proz. Berufsgenossen würde der Gutenbergsbund mit seinen 3000 Mitgliedern jede Bedeutung verlieren, wenn sich für ihn nicht die christlichen Gewerkschaften und im Bunde mit ihnen mit der Tarifgemeinschaft unzufriedene Arbeitgeber, auch solche außerhalb des Buchdruckerberufes, ins Zeug legten, um sich für den Fall der Not eine Schutztruppe zu sichern. Redner führte zum Schluß aus, daß es den Widersachern nicht gelingen werde, den Mitgliedern des Verbandes das Vertrauen zu demselben zu rauben und schloß mit einem Hoch auf den Verband. Eine freudige Überraschung gab es, als Kollege Döblin die Mitteilung machte, daß unser Alter-im-Warte, Kollege Eugen Schored, vor kurzem in aller Heimlichkeit, gewissermaßen „für sich allein“, sein 50-jähriges Berufsjubiläum begangen habe. Fast ebenso lang sei er auch im Verband. Ein Mädchenalter zähle der Jubilar mit zu den treuesten und eifrigsten Förderern des Gaus Rheinland-Westfalen und dadurch zugleich auch des Verbandes. Namens der Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sprach er die Hoffnung und den Wunsch aus, daß es Schored vergönnt sein möge, noch lange, lange Jahre gesund und in geistiger Frische dem Verband und der Essener Kollegenchaft erhalten zu bleiben. Kräftig stimmte die Versammlung in das Hoch auf den Jubilar ein. Kollege Kraus brachte beim Antritt, aber doch ewig jungen Kämpfer im Namen des Essener Ortsvereins die herzlichsten Glückwünsche dar. Ein prachtvolles Palmen- und Blumenarrangement, das dem Jubilare dann überreicht wurde, gab der Liebe und Verehrung, die die Essener Kollegen für ihren alten Kameraden hegen, sichtbaren Ausdruck. Kollege Schored war von dem Ganzen vollkommen überrascht. Er dankte in bewegten Worten für die ihm zuteil gewordene Ehre. Seine Rede klang in ein Hoch auf Kollegen Döblin aus. Der Kollegenangehörigen „Typographia“, der nie fehlt, wenn es gilt, unsere Veranstaltungen zu verkünden, sowie die Lipperische Kapelle, hatten den musikalischen Teil des Programms übernommen und führten ihre Aufgabe exakt durch. Die Chorlieder „Empor zum Licht“ und „Ihr Völker wachet auf“ wurden in wahrhaft formvollendeter Weise von der „Typographia“ zu Gehör gebracht. — Der Nachmittag brachte den Kleinen und den Großen beiderlei Geschlechts allerlei Amusement. Die Kinder tummelten sich in großer Zahl auf der großen Wiese des Establishments „Bredenerer Krone“ in Bredene und wurden durch kleine Geschenke überrascht. Die Erwachsenen fanden köstlichen Zeitvertreib beim Preisquadräteln, -regeln, -schießen und Tanz. Was der Freude eigentlich erst ein Ende machte, war der sich drohend nahekommende Montagmorgen. Auch eine in diesem Jahre wieder herausgegebene Festzeitung, „Buchdruckerpiegel“, brachte, trug das Jhrige zum Gelingen des Ganzen bei und fand reichenden Absatz.

Wien. Am 26. Juni fand eine Mitgliederversammlung statt, in der unser Verbandsvorsitzender Döblin als Referent erschienen war. Eingang der Versammlung teilte Vorsitzender Mois mit, daß die am 8. Juni von der Kölner Mitgliedschaft angenommene Resolution betreffend die Zurückweisung der von den Prinzipalen des Kreises II gegen die Verbandsmitglieder ergebenden Besoldigungen beschlußgemäß, den hiesigen Tageszeitungen zugesandt worden sei, aber nur in der „Rheinischen Zeitung“ ganz und im „Kölnner Tageblatt“ teilweise zum Abdruck gelangte. Der „Stadtanzeiger“ habe eine ablehnende schriftliche Antwort gesandt, und die andern Blätter hätten, weder die Resolution abgedruckt noch sonst eine Antwort gegeben. Gegen die Aufnahme von drei neuen Mitgliedern wurden Einwendungen nicht gemacht. Verbandsvorsitzender Döblin sprach nun in fünfviertelstündigen Vortrag über: „Der Verband und seine Gegner.“ Redner führte in treffenden Ausführungen den mit sichtlichem Interesse lauschenden Kollegen u. a. vor Augen, wie viele Gegner uns erstanden seien. Nicht nur der von Streikbrechern und Faktoren nach dem großen Buchdruckerkampf Anfang der neunziger Jahre gegründete Gutenbergsbund mit seinem

christlichen Anhang, sondern auch die Protegés dieser Gesellschaft aus Prinzipalstreifen, speziell hier im Kreise II und aus dem Lager der Großindustriellen, seien fortgesetzt an der Arbeit, den Verband und die Tarifgemeinschaft zu mißtreiben. Auf der Breslauer Tagung der Prinzipale seien Beschlüsse gefaßt worden, die eine gewisse Kampfstimmung erkennen ließen und hauptsächlich auf Betreiben der rheinisch-westfälischen Prinzipale zurückzuführen seien. Gerade Rheinland-Westfalen sei der Boden, wo sich, hervorgerufen durch die Protegierung des Gutenbergsbundes von Seiten der Prinzipale, die Gegengäfte zuspitzten. Auf die Kollegenchaft Rheinland-Westfalens blickten die Kollegen von ganz Deutschland, und er (Redner) habe die feste Zuversicht, daß an dem Korpsgeiste der rheinisch-westfälischen Kollegen im allgemeinen und der Kölner im besonderen alle separaten Gelüste der rheinisch-westfälischen Prinzipale und der Scharfmacher im Gewerbe scheitern würden. Durch immer eifrigere gemeinschaftliche Betätigung möchten die Kollegen dokumentieren, daß sie kräftigen Widerstand leisten können und sich niemals zu einer Zersplitterung hergeben würden. Dem Redner lohnte stürmischer Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt, und der Vorsitzende schloß mit einem Hoch auf den Verband die starkbesuchte Versammlung.

Leipzig. (Korrekturen.) Der Versammlung am 24. Juni ging zu Ehren des Namenstags unfres Altmeyers im festlich geschmückten Saale des Restaurants „Johannistal“ eine kleine Johannistfeier voraus, die in einem Prologe, einer Ansprache des Vorsitzenden, in der dieser besonders auf den Wert der beruflichen Fortbildung hinwies, und einem allgemeinen festlichen Bestand. Für die Versammlung hatte Herr cand. hist. Wuffmann einen Vortrag über „Die Anwendung von Fremdwörtern im Deutschen“ gehalten, war aber durch eine Vertretung von Umständen in letzter Stunde noch behindert worden. Kollege W. Wuff sprang für ihn ein und erledigte sich seiner unvorhergesehenen Aufgabe in bester Weise. Er bezeichnete die häufige Anwendung überflüssiger Fremdwörter als eine Wodetrantheit unfres Volkes, gab Erläuterungen über die Vorkommnisse vieler Fremdwörter und führte zahlreiche gute und schlechte Verwendungen an. Zum Schluß führte der Redner aus, ein gebildeter Mensch beweihe durch Vermeidung entbehrlicher Fremdwörter am besten; daß er seine Muttersprache beherrsche. Andererseits sei es ein durchaus verwerflicher Gewaltakt, wenn man sich bemühe, unentbehrliche Wörter aus fremden Sprachen, die bereits Gemeingut unfres Volkes geworden seien, zu verdeutschern. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Es gelangten sodann die Meinungsverschiedenheiten in Korrekturen über den Wert des neuen Versicherungsgesetzes für Angestellte zur Besprechung. Man gab erneut der Befürchtung Ausdruck, daß die bescheidenen Vorteile, die das Gesetz den Korrekturen bei etwaiger Einbeziehung bieten würde, durch die wirtschaftlichen Nachteile in den Schatten gestellt würden. Die Versammlung war einmütig der Meinung, die Korrekturen hätten alle Veranlassung, an dem benährten und auch tariflich erhärteten Grundsatz festzuhalten, daß sie buchgewerbliche Arbeiter seien. Eine einfache Stützungsfeier, eine Renaufnahme und sonstige Vereinsangelegenheiten bildeten die weiteren Verhandlungsgegenstände. Die Versammlung war gut besucht; auch eine Anzahl Segetkollegen nahm des Vortrags wegen an ihr teil.

h. Zweibrücken. Vom schönsten Sommerwetter begünstigt, beging am 23. Juni der Bezirksverein Birmafer-Zweibrücken-Homburg sein Johannistfest, verbunden mit 15-jährigem Stützungsfest, das einen frohgearteten Verlauf nahm, denn aus allen Gauen der Pfalz und des Saargebiets waren etwa 500 Kollegen herbeigeeilt. Dem Festtage ging am Vorabend ein Kommerz voraus, an dem sich gegen 300 Kollegen beteiligten. Kollege Ullrich hielt die Begrüßungsansprache; verschiedene auswärtige Kollegen überbrachten die Grüße ihrer Ortsvereine und beglückwünschten den Bezirksverein zu seinem 15-jährigen Bestehen. Bei Musik und Gesang verließen einige von acht kollegialen Geiste getragene Stunden nur zu rasch. Sonntag früh wurden gemeinschaftliche Spaziergänge zur Fasanerie und durch die Stadt unternommen. Um 10 Uhr verammelten sich die Festteilnehmer zur Hauptfeier im Löwenburgsaal, der geradezu überfüllt war, und an der u. a. auch Herr Bürgermeister Roesinger sowie Herr Königl. Oberstudienrat Dr. Stieh teilnahmen. Kollege Döblin (Birmafens) begrüßte namens des Bezirksvereins die Gäste und hieß sie herzlich willkommen. Herr Bürgermeister Roesinger wies in einer Ansprache darauf hin, daß die Herzogsstadt Zweibrücken seit altersher eine Pflegestätte der Buchdruckerkunst gewesen sei. Seine kernigen Worte machten ganz besonders auf die auswärtigen Gäste einen tiefen Eindruck. Die Festrede hielt Gauvorsteher Fuhs (Mannheim). Er gedachte darin des Johannistfestes, zu dem sich alljährlich die Buchdrucker zusammenfahren, um in würdiger Weise den Namenstag ihres Altmeyers Johannes Gutenberg zu begehen. Der Hauptinhalt seiner Rede galt dem Verbands und dessen Bestrebungen. Die Ausführungen fanden allseitigen Beifall. Kollege Gutenberg (Saarbrücken) sprach als Vertreter des Saargebiets und beglückwünschte den Bezirksverein zu seinem 15-jährigen Bestehen. Die musikalischen Darbietungen des Stadt- und Theaterorchesters aus Kaiserslautern waren vorzüglich und die gefanglichen Leistungen der einzelnen Kollegengesangvereine ohne Tadel. Besonders gefiel der Gesamtchor mit Orchesterbegleitung „Die Etre Gottes“ von Beethoven. Einen Hauptangeziehungspunkt für die Festteilnehmer bildete die Ausstellung alter Druckerzeugnisse. Es lohnte sich auch

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 9. Juli 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 78.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

wirklich, diese in Augenschein zu nehmen, denn sie war großartig zusammengestellt. Dem Rektorat des Königl. Gymnasiums sowie dem Historischen Verein der Medicinmatriker gebührt für ihr freundliches Entgegenkommen zum Gelingen der Ausstellung Dank; ebenso auch den vielen Privaten und Buchdruckerbesitzern, welche ihre Wertumschätze zur Verfügung stellten. Dem Kollegen Ulrich, der die Ausstellung so großzügig gestaltete, sei auch an dieser Stelle alle Anerkennung gezollt. Der Nachmittag galt der Geselligkeit im Löwenburggarten. Nur zu rasch eilten die Stunden dahin, nach denen die auswärtigen Gäste unsere gastfreundliche Stadt wieder verlassen. Der hiesige Ortsverein kann mit Befriedigung auf den schönen Verlauf des Johannistages zurückblicken. Verschiedene auswärtige Kollegen sowie Bezirksvereine sandten Glückwunschtelegramme. Die vom Kollegen Faktor Th. Kammermöns entworfene Festkarte fand bei den Kollegen beifällige Aufnahme. Im übrigen sei noch dankbar erwähnt, daß die Festdrucksachen von der hiesigen Druckerei des „Pfälzischen Merkur“ unentgeltlich angefertigt wurden, und daß die Kollegen den Montag nachmittag zu einer Nachfeier frei bekamen.

Rundschau.

Ferien! Die Buchdrucker von Andreas Hierl in Deggendorf a. D. bewilligte ihrem Gesamtpersonal drei freie Tage ohne besondere Karenz. — In D. haben gewährt die Buchdrucker Fr. Aug. Knott ihrem gesamten Personal vier freie Tage ohne Karenz. — Einen Erholungsurlaub von drei Tagen bei ein- bis dreijähriger, von fünf Tagen bei fünfjähriger und von sieben Tagen bei über fünfjähriger Karenz gewährte auch die Buchdrucker Pawlowski in Lissit.

Meisterprüfung. In Lübeck bestanden die Kollegen A. Dahlke, C. Triebke und Fr. Jesse die Meisterprüfung mit gutem Erfolge; ferner haben vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer in Wosen die Kollegen Richard Wieseler und Fris Piehler aus Wosen die Meisterprüfung erfolgreich bestanden.

Katakatausstellungen für die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. In Heft 6 des „Archiv für Buchgewerbe“ (Juniheft) wurden die Bedingungen für ein Preisauschreiben bekannt gegeben, wonach ein Plakat für die Ausstellung beschafft werden soll, das in geeigneter Weise auf die Ausstellung hinweist. Zur Erlangung von Entwürfen wird in erster Linie an die deutschen Künstler appelliert und für die besten Entwürfe sind vier Preise von 2000, 1000 und zweimal 500 Mk. ausgesetzt. Nähere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle der Ausstellung in Leipzig, Deutsches Buchgewerbehaus, Holzstraße 1, von welcher auch Prospekte der Ausstellung kostenlos versandt werden.

Konturseröffnung. Über das Vermögen des Zeitungsverlegers M. Geo Vogel in Oldenburg i. Or. wurde am 25. Juni das Konturverfahren eröffnet.

Photographische Schnellpresse. Wie der „Zeitungsverlag“ berichtet, hat kürzlich ein amerikanischer Ingenieur die Erfindung einer photographischen Schnellpresse angekündigt, durch welche es möglich sein soll, eine Stundenleistung von 36000 Seiten zu erhalten. Zunächst fehlt nur das billige Lichtempfindliche Papier, um die Sache praktisch nutzbar zu machen. Das ist zwar alles, aber auch das Wichtigste.

Kunst und Arbeit. Beachtenswerte Gedanken über die Beziehungen zwischen Künstler und Arbeiter äußerte D. Friedrich Naumann gelegentlich eines Vortrags über „Kunst und Volkswirtschaft“ am 7. Juni in Wien; den er im Auftrage des Deutschen Werkbundes hielt. Er führte u. a. aus: Die Arbeiter in der Qualitätsindustrie sind nicht zu behandeln, wie wenn sie Erdarbeiter wären oder einen Tunnel mauern. Auch solche Arbeit will getan sein, auch solche Arbeit fordert ihren Lohn und verlangt die Wiederherstellung der verausgabten Körperkräfte und was sonst zum Leben notwendig ist. Künstlerische Arbeit aber fordert mehr. Man kann rundweg sagen, wie es in der Hefse heißt: „Die Arbeiter von Qualitätsindustrien bedürfen eines Lebenshintergrundes, der über dem bloßen proletarischen Dasein steht, wenn sie künstlerische Hilfskräfte sein sollen.“ In allen Gewerben, die hier im Werkbunde vertreten sind, gibt es natürlich auch viele Hilfsarbeiter, die mit Kunst gar nichts zu tun haben, die einfach Quantitäten hin- und hergeben, tragen, ausladen usw. Für die gelten die allgemeinen Gesetze des Kampfes ums Dasein und die sozialpolitischen Vorschriften wie für jeden andern Arbeiter, aber diejenigen, von denen man künstlerische Mitarbeit verlangt, muß man darüber hinaus unterstützen um der Kunst willen. Man muß über das, was sozialpolitisch erzwingbar ist, noch hinausgehen, sonst schafft man diejenige Mitarbeitertemperatur nicht, ohne die es

künstlerisch nicht geht. Es ist gar nicht auszusagen, was an kostbarer Materie verdorben und verschludert werden kann, ohne alle nachweisbare absichtliche Schädigung, wenn das nötige eigene Interesse nicht da ist; was an feinerer Gedankenform verhaun, verstoßen, vergrößert werden kann, wenn nicht die eigene Liebe für die Form vorhanden ist. Wie oft sieht ein Künstler und zeichnet und denkt: das oder jenes ginge ja, wenn die Leute es machen könnten; sie werden es mir aber schlecht ausführen, darum will ich lieber vereinfachen; ich will es lassen, sie machen es doch nicht ordentlich! Oder aber er sagt: Dort geht's, denn dieser Unternehmer hat den und den besonderen Arbeiter, der es kann! Das ist dann, wie wenn eine Rolle für einen Schauspieler geschrieben wird. So wird ein Stück Zeichnung für eine Arbeitskraft erfunden, von der man weiß, daß sie das Korrelat der Zeichnung ist. Aber solche Erziehung setzt eben voraus, daß ein höheres als das gewöhnliche proletarische Dasein vorhanden sei. Einer unserer Freunde sagte gelegentlich einmal: es wird niemand einen guten Stuhl herstellen, der nicht selber zu Hause wenigstens einen guten Stuhl besitzt. Erweitern Sie das: der Arbeiter hat kein Gefühl für den Wert eines feinen Dinges, wenn er im Hintergrunde nichts als die gewöhnliche Bettlade mit den gewöhnlichen Schirtingsegen und der Alltagskleidung seiner Frau kennt. Ich rede dabei nicht von Armut, sondern nur von der absolut inhaltslosen Einseitigkeit dessen, was der normale kleine Mann für sein wenig Geld zu bekommen pflegt. Wer in formloser Umgehung lebt, kann in ihr brav, bieder und treu sein. Künstlerisch wird man aber nicht, wenn man immer nur zwischen schlechten Brettern und falschen Eden existiert. Wenn Sie überhaupt wollen, daß es in der Kunst vorwärts gehe, müssen Sie auch die Mitarbeiter Menschen sein lassen; man muß ihnen zutrauen, daß auch sie ästhetische Bedürfnisse haben. Diese beginnen nämlich nicht erst bei der Selbstdeklaration für die Einkommensteuer, sondern dürfen schon unterhalb derselben anfangen. Die Zukunft aller unserer Bestrebungen hängt zum großen Teile davon ab, ob es möglich sein wird, die Arbeiterschaft mit ihrer Gewerkschaft an dem künstlerischen Fortschreiten zu beteiligen. Eine gute Schule für viele Schule ersetzt aber nicht den mangelnden Hintergrund des eigenen Lebens.

Ein ehrenvolles Urteil über die freien Gewerkschaften. Gelegentlich eines staats- und rechtswissenschaftlichen Fortbildungskurses in Jena kam der Referent, Syndikus des Verbandes Thüringer Industrieller Dr. Stapf, auf die Arbeiterverhältnisse zu sprechen und gab über die freien Gewerkschaften folgendes Urteil ab: „Die freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften sind die einzigen Arbeitervereinigungen, die beim Abschluß von Tarifverträgen usw. ernstlich in Frage kommen. Die christlichen oder kirchlichen Gewerkschaften spielen eine ganz unbedeutende Rolle. Und man muß es den Führern der freien Gewerkschaften lassen, sie verstehen mit Geschick die Interessen ihrer Arbeitskollegen zu vertreten und — das weiß ich aus eigener Erfahrung — sie nehmen bei den Verhandlungen auch Rücksicht auf die jeweils herrschende wirtschaftliche Lage in den in Frage kommenden Berufszweigen und zeigen sich in der Regel auch als tüchtige Kenner derselben.“

Zur Einführung der Sommerzeit. Wie wir schon früher mitteilten, besteht die Absicht, daß an einem bestimmten Tag im April sämtliche Uhren um eine Stunde vorgestellt und im September wieder zurückgestellt werden. Darüber haben sich jetzt auch die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft geäußert und die Sache sowie eine internationale Verständigung darüber befürwortet. Es liegt auf der Hand, daß in den zwischen beiden Terminen liegenden Monaten durch die Früherlegung sämtlicher Termine eine bessere Ausnutzung des Tageslichts und eine Ersparnis an künstlicher Beleuchtung herbeigeführt wird. Vorausgesetzt natürlich, daß eine internationale Verständigung darüber erzielt wird. Im englischen Unterhause ist bereits ein entsprechender Gesetzesentwurf eingebracht worden.

Schafmacherschmerzen. In einem „sozialen Rückblick“, den der unsern Lesern nicht ganz unbekannt Dr. Längler, einer der Hauptmacher im Deutschen Arbeitgeberverbande, in der „Post“ auf das abgelaufene erste Halbjahr von 1912 wirt, heißt es: „Der Schug der Arbeitswilligen, dessen Notwendigkeit sich wohl kaum noch jemand verschließt, soll nach Haltung von Regierung und Reichstag wohl auch weiterhin noch ein Problem bleiben, man scheut sich, mit festem Griff hineinzupacken und das Streikpostenfehen, die Wurzel aller Ausschreitungen, zu verbieten; man will sich mit den bestehenden Gesetzen begnügen, die angeblich ausreichend sein sollen. Große Mittel sind in unserer Zeit nicht beliebt, Geld wirkt aufreizend, man nimmt lieber Scheidemünze. So bleiben die Arbeitgeber in der Hauptsache immer wieder auf sich angewiesen, und sie müßen sich trösten mit dem Worte: Selbst ist der Mann! Das mag ihr vornehmster

Schug und Schild sein.“ So etwas wagt ein Mann zu behaupten, der ganz genau wissen muß, daß beispielsweise der diesjährige große Bergarbeiterstreik für die Arbeiter nur deshalb verloren ging, weil neben der christlichen Streikbrecherei besonders die Staatsmacht durch Polizei, Militär und Gerichte den Unternehmern in kaum zu überbietender Weise zu Hilfe kam.

Der gesetzliche Zehnstundentag in Frankreich. Nach monatelangen Verhandlungen nahm die französische Deputiertenkammer die Regierungsvorlage betreffend Durchführung des zehnstündigen Arbeitstags in der Privatindustrie endlich an. Allerdings ist im Laufe der Verhandlungen der Geltungsbereich des Gesetzes wesentlich eingeschränkt worden. So ist z. B. die Zahl der Ausnahmetage, an denen länger als zehn Stunden gearbeitet werden darf, auf 90 erhöht worden; außerdem würden in letzter Stunde noch Werftstätten mit weniger als zehn Arbeitern vom Geltungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen. Dadurch sind volle 800000 Arbeiter der Privatindustrie ausgeschaltet. Immerhin ist das Gesetz ein Fortschritt gegenüber den Verhältnissen in Deutschland. Es ist ein gesetzlicher Höchstarbeitstag von zehn Stunden an über 200 Arbeitstagen im Jahr auch für erwachsene männliche Arbeiter nicht nur in besonders gesundheitsgefährlichen Industrien, sondern ganz allgemein für die französische Privatindustrie festgelegt.

Vom Bodenvucher. Nach einer Mitteilung der „Bodenreform“ verteilt auf in diesem Jahre die Berliner Bodengesellschaft wie schon seit Jahren 100 Proz. Dividende. Der Überschuß betrug 1240014 Mk., aus dem nach Dotierung verschiedener Fonds und Zahlung der genannten Dividende 44395 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen wurden. Bei solchen Gewinnen, zu denen auch noch Lantimeinnahmen kommen, war es natürlich die höchste Zeit, daß sich ein „Schugverband für Grundbesitz und Realkredit“ bildete, dem sich die Berliner Bodengesellschaft natürlich hilfsuchend sofort anschloß; denn es wäre gar zu schrecklich, wenn durch die unermüdlige Tätigkeit der Bodenvucher diese Dividende sich einmal auf 80 oder gar auf 70 Proz. verringern würde. Und da „jammern“ diese Menschen noch über „Werkzeugmaschinen“!

Gewerkschaftsnachrichten. Die streikenden und ausgeperrten Metallarbeiter in Hannover haben in geheimer Abstimmung ein neues Angebot der Unternehmer mit 4851 gegen 758 Stimmen abgelehnt. Die Unternehmer wollten eine wöchentliche Arbeitszeit von 57 Stunden und 3 Pf. pro Stunde Lohnzulage gewähren; für die Verkürzung der Arbeitszeit sollten jedoch 1,8 Pf. pro Stunde in Abzug kommen, so daß nur 1,2 Pf. Lohn-erhöhung in Frage kämen. Die christlich organisierten Arbeiter haben die Unternehmervorschlüsse angenommen und somit auch hier in bekannter Weise die Verrenterolle gespielt.

Briefkasten.

N. St. S. Eine solche Auskunftserteilung lehnen wir ab. — **H. in St.** Sie haben recht, aber gemerkt werden es wohl nur wenige haben. — Nach Heidelberg: Nach rechtzeitig eingetroffen (1,45 nachm.). Die neue Arbeitsordnung ist in den mitgeteilten Paragraphen ein weiterer Beweis, daß man mit Gewalt die Dinge auf die Spitze treiben will. Vom gesetzlichen Standpunkt aus ist gegen diese Bestimmungen allerdings schwerlich etwas zu machen; vielleicht ist der Schlusatz im § 11 aufsehbar.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Gamsiopsatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst Nr. 1191.

Bezirk Hannover. Der Drucker Mag. Th. Hieme aus Thurnsdorf erhielt zum Antritt einer Kondition in Altkarben einen Vorschuß von 15 Mk. Th. wird aufgefordert, umgeben sein Buch einzulösen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird. Die verchrl. Funktionen werden gebeten, Th. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Adressenveränderungen.

Freiburg i. B. (Bezirksmaschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Rudolf Krall, Ludwigstraße 10.

Wahlungen. Vorsitzender: Adolf Westler, Schmiedenerstraße 66 B.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate Mai 1912. a) Auf der Reize: Abnommen vom vorhergehenden Monate 205 Mitglieder, aus Kondition kamen 425, aus gegenseitigen Vereinen 129 (43 Verbands- und 86 gegenw. Mitglieder, und zwar aus „Dänemark 1 Verb.“ und 10 gegenw. Mitgl., aus Frankreich 6 Verb.- und 3 gegenw. Mitgl., aus Holland 3 Verb.-Mitgl., aus Norwegen

